

Bern



Kampf gegen den schlechten Ruf
Thomas Büchler sagt, die Kesb
litten unter der Dauerkritik. 18/19

O-Bike sorgt für Streit um Veloverleih

Weg mit Ursula Wyss' «Prestigeprojekt»: In Bern wollen Bürgerliche mehr Wettbewerb beim Veloverleih und setzen auf den umstrittenen Anbieter aus Singapur. Die Stadt warnt vor Billigvelos.



In Zürich stehen die gelben Velos von O-Bike bereits auf dem ganzen Stadtgebiet. Foto: Ennio Leanza (Keystone)

Simon Gsteiger

Der Veloverleiher O-Bike schwemmt derzeit die Stadt Zürich mit seinen gelben Fahrrädern. Nun ist ein Streit entbrannt: Der Anbieter braucht keine Bewilligungen und bezahlt keine Gebühren, da er keine festen Abstellstationen bewirtschaftet. Das sei unfair, die Expansionsstrategie zudem aggressiv, so die Kritik. Denn das Unternehmen aus Singapur hat über Nacht das herbeigeführt, wofür Zürich jahrelang vergeblich kämpfte: ein flächendeckendes Verleihsystem. Auch weitere Anbieter sind nun bereits tätig geworden («Bund» von gestern).

O-Bike will aber auch in anderen Städten Fuss fassen, unter anderem in Bern. Das Unternehmen habe um eine offizielle Besprechung gebeten, sagt Stefan Schwarz, Generalsekretär der Berner Tiefbaudirektion, gegenüber dem «Bund». Bis es zu einem ersten persönlichen Kontakt kommt, wollen die Behörden aber noch verschiedene Abklärungen vornehmen. Dazu gehört auch die Frage, unter welchen Bedingungen eine allfällige Bewilligung erteilt wird. Auch die Stadt Bern tüfelt nämlich seit geraumer Zeit an einem flächendeckenden Verleihsystem: Nach einem Ausschreibungsverfahren hat die Tiefbaudirektion

von SP-Gemeinderätin Ursula Wyss die Firma Publibike, eine Tochtergesellschaft der Postauto AG, mit dem Aufbau beauftragt. Das neue Projekt läuft im Frühling an. Kostenpunkt: rund zwei Millionen Franken (siehe Box).

Stadt will keine China-Zustände

Ein Konkurrenzkampf wie in Zürich ist aber derzeit nicht absehbar: «Zustände wie in China oder in München» wolle in Bern niemand, sagt Stefan Schwarz. In China sei der öffentliche Raum mit Velos regelrecht zugestellt. Dort sind Verleihsysteme zu einem kapitalintensiven Geschäftszweig herangewachsen, um den sich zahlreiche Anbieter zanken. Der Stadt Bern sei es wichtig, dass die Veloparkplätze in der Innenstadt und beim Bahnhof, die schon heute aus allen Nähten platzen, nicht noch zusätzlich von Leihvelos belastet würden, sagt Schwarz.

Das Vorgehen des Tiefbauamtes kommt aber nicht bei allen gut an. Bürgerliche und Mitte-Politiker wünschen sich mehr Wettbewerb: «In Bern ist es typisch, neuen Entwicklungen erst einmal einen Riegel zu schieben, anstatt Dynamiken der Innovation zu nutzen», sagt Stadtrat Matthias Egli (GLP). Unternehmen wie O-Bike seien äusserst innovativ und böten einen Service, den die Stadt

Bern nichts koste. «Stattdessen bezahlt man nun einen Haufen Geld und baut ein eigenes System auf.» Es sei sinnvoller, verschiedenen Anbietern eine Chance zu geben. «O-Bike arbeitet ohne feste Standorte. Wenn Bern eine Velostadt sein will, soll man dieser Konkurrenz im Veloverleih eine Chance geben», sagt Egli.

Der FDP-Stadtrat Tom Berger fordert Wyss gar auf, das «eigene millionenschwere Prestigeprojekt zu sistieren» und die privaten Anbieter ernsthaft zu prüfen. Und auf Twitter merkt sein Stadtrats- und Parteikollege Basil Anderau zynisch an, das «städtisch verordnete Velofieber» dürfe natürlich nur vom Staat verwaltet werden.

«Es braucht klare Regeln»

Andere zeigen für die ablehnende Haltung der Stadt durchaus Verständnis. Für Michael Sutter, Präsident von Pro Velo Bern und SP-Stadtrat, braucht es in erster Linie klare Regeln, was die Benützung des öffentlichen Raums angeht. «Es kann nicht sein, dass ein Anbieter mal eben Hunderte Velos abstellt, wie das in Zürich passiert ist.» Er zweifelt ausserdem an der Qualität der O-Bike-Velos: «Die Bremsen müssen gewartet werden - wer kontrolliert das?» Da die Velos voraussichtlich mit nur einem Gang ausgestattet sind, seien sie kaum für

das «hügelige» Bern geeignet. Trotzdem sei er dafür, dass man den Service ausprobieren. «Dann zeigt sich, ob es tatsächlich eine Nachfrage gibt», sagt Sutter.

Laut Wyss' Generalsekretär Schwarz wollte man bei der Ausschreibung denn auch genau dies bewirken: Es gälten nämlich strenge Auflagen punkto Qualität, Werbung und Bewirtschaftung der Standplätze. Sollte O-Bike tatsächlich in Bern ankommen, müsse zudem abgeklärt werden, ob sich deren Pläne mit dem Auftrag an Publibike vertrügen, so Schwarz weiter.

Veloverleih Die Systeme

Ab Mai 2018 will die Stadt Bern zusammen mit Publibike ihr eigenes Verleihsystem hochfahren. Die Nutzer können das Angebot über eine App buchen. Der Verleih kostet 3 Franken für eine halbe Stunde und bis zu 40 Franken pro Tag. Es sind auch Jahresabonnemente vorgesehen. Das Fahrrad muss nicht an derselben Station zurückgegeben werden. Bei O-Bike bezahlt man eine Kaution von 129 Franken. 1.50 Franken kostet die halbe Stunde, mit einem Monatsabo für 40 oder einem Jahresabo für 110 Franken kann ein O-Bike zweimal pro Tag für eine halbe Stunde genutzt werden. (gss)

Folgt der erste Schritt in Richtung einer Grossfusion?

In allen reformierten Kirchgemeinden der Stadt Bern wird am Wochenende abgestimmt. Fusionsverhandlungen ja oder nein, lautet die Frage.

Dölf Barben

Noch geht es nicht um den letzten grossen Entscheid, welche der zwölf reformierten Kirchgemeinden der Stadt Bern zu einer Fusion bereit sind. Die Frage, welche die Reformierten an diesem Wochenende zu beantworten haben, ist erst, ob ihre jeweilige Gemeinde an den Verhandlungen teilnehmen soll.

Trotzdem werden die Abstimmungen, die heute und am Sonntag in den Kirchgemeinden Bümpliz, Petrus, Paulus, Johannes, Heiliggeist, Frieden, Nydegg, Bethlehem, Matthäus, Markus, Münster und der französischen Gemeinde (Paroisse française) durchgeführt werden, als markanter Meilenstein bezeichnet. In einem Papier der Gesamtkirchgemeinde, der Dachorganisation der zwölf Gemeinden, steht, es gehe um nichts weniger als um die Zukunft der Stadtberner Reformierten.

Grosse Kirchen, wenige Mitglieder

Die Abstimmungen kommen nicht aus heiterem Himmel. Schon seit sieben Jahren fragen sich Projektgruppen im sogenannten Strukturdialog, wie den drängenden Problemen begegnet werden kann. Die grösste Herausforderung besteht darin, dass die Mitgliederzahlen drastisch zurückgegangen sind und Kirchen und Kirchgemeindehäuser heute zu viel Kapazität haben. Letztlich geht es um die Frage, wie das kirchliche Leben in Bern neu organisiert werden kann - so, dass es auch finanzierbar ist.

Die Idee einer Grossfusion kam früh auf den Tisch. Mittlerweile gilt eine Fusion tatsächlich als die «optimale» Lösung. Die bisherige, kleinräumige Struktur führe zu «unerwünschtem» Nebeneinander und zu Doppelspurigkeiten. Nach einer Fusion dagegen könnten die Kirchenmitglieder in der ganzen Stadt aktiv mitwirken, was ihre Identifikation mit der Kirche erhöhen würde. Und wo heute zwei gemeinderechtliche Ebenen bestehen - Gesamtkirchgemeinde mit Steuerhoheit und Verantwortung über die Liegenschaften sowie die einzelnen, autonomen Gemeinden - entstünde ein transparent organisiertes Gebilde mit ein paar Kirchenkreisen. Wie in Köniz.

Skepsis im Kirchenfeld

Der Weg Richtung Fusion ist nicht überall mit Begeisterung beschriftet worden. Kritik war aus mehreren Gemeinden zu vernehmen - so aus der Petrus-Gemeinde im Kirchenfeld. In einer Mitteilung an die Mitglieder unterstreicht der Kirchgemeinderat, die Teilnahme an Verhandlungen bedeute nicht, einer Fusion zuzustimmen, «sondern die Bedingungen zu prüfen und erst dann zu entscheiden». Er empfiehlt, auf die Fusionsverhandlungen einzutreten.

Der Rat der Petrusgemeinde lässt am Sonntag aber auch über zusätzliche Fragen abstimmen: So will er sich ausdrücklich beauftragen lassen, in den Fusionsgesprächen eine weitgehende Autonomie der Kirchenkreise einzufordern. Ob der Kirchgemeinderat die Fusion in zwei bis drei Jahren schliesslich empfehlen wird, hängt davon ab, wie gut diese und andere Forderungen von den anderen Partnern aufgenommen werden.

Sämtliche Stadtberner Kirchgemeinden werden nach Abschluss der Verhandlungen über eine Fusion abstimmen können - auch dann, wenn sie an den Gesprächen nicht teilgenommen haben. Wie die Projektverantwortlichen sagen, würde in der Stadt Bern eine reformierte Grosskirchgemeinde dann Realität werden, wenn mindestens neun Kirchgemeinden einer Fusion zustimmen. Es ist somit gut möglich, dass es künftig in Bern eine sehr grosse und eine oder mehrere sehr kleine reformierte Kirchgemeinden geben wird.

Feuerwehrkaserne wird zur urbanen Gärtnerei

Im Innenhof der Alten Feuerwehr Viktoria wird gegärtnert und nach Selbstversorgung gestrebt.

Céline Rüttimann

«Wir sind nicht mehr junges Gemüse, freuen uns aber über solches sehr», steht auf einem Schild, das in einer mit Erde gefüllten Palettkiste voller Grünzeug steckt. Gehegt und gepflegt wird das Gemüsebeet in Palettrahmen von zwei Senioren, die Urban Gardening im Innenhof der Alten Feuerwehr Viktoria betreiben. Das Projekt des Vereins Alte Feuerwehr Viktoria (AFV) umfasst mittlerweile 65 solcher Mini-Schrebergärten und wird dieses Jahr erstmals von der Stadt unterstützt. Die Umwandlung des Innenhofs zur «Stadtoase», wie es in der Medienmitteilung heisst, wurde gestern an

einer Medienorientierung präsentiert. Das Ergebnis ist ganz im Sinn der Legislaturziele des Berner Gemeinderates: urbanes Gärtnern durch die Stadtbevölkerung auf halböffentlichem Boden.

Selbstversorgung zwischen Beton

«Die Unterstützung der Stadt bei der Aufwertung des Platzes war notwendig», sagte Ursula Wyss gestern an der Medienkonferenz. Nach mehrmaligen Versuchen, den öden Teerplatz des Innenhofs attraktiv zu begrünen, ersuchte der Verein Alte Feuerwehr Viktoria schliesslich Stadtgrün Bern als Projektpartner. Nun liefert die Stadt Pflanzenkästen samt Erde für alle Gartenbegeisterten. Gegen eine kleine Gebühr kann man eine solche Palettkiste für eine Saison mieten und bewirtschaften.

Im hinteren Teil des Hofes gärtnern einzelne Leute aus dem Quartier, im vorderen Teil Kollektive wie der Kindergarten Spitalacker und das Restaurant Lö-

scher. Dabei soll es aber nicht nur um ein bisschen «blüemele» gehen, sondern auch um Selbstversorgung. «Von ein paar Paletten könnte eine Familie Gemüse für eine ganze Saison beziehen», sagt Walter Glauser von Stadtgrün Bern. Mike Kaden vom Elektroladen Heicho, der seine Räumlichkeiten auch an der Gotthelfstrasse 31 hat, bewirtschaftet den allgemeinen Gartenteil. Als Dünger braucht er den Kot der Mehlwürmer, die im Keller der Feuerwehrkaserne gezüchtet werden. Die Ernte wird dann grösstenteils in die Küche des Löschers weitergegeben. Die Reste landen dann wieder bei den Wümmern als Futter.

Von Bienen und Schmetterlingen

Neben dem Urban Gardening soll in der «Stadtoase» die einheimische Tierwelt gefördert werden. In einem eigens dafür angeschafften, immerhin 100-jährigen Boot wurde ein Beet mit Futterpflanzen für Schmetterlinge angelegt. Damit soll

das Insekt als Farbtupfer zwischen die grauen Steinfassaden gelockt werden. Auf dem Dach eines Unterstands neben der Ölmühle «rohrohr» siedelte das Berner Bienenkollektiv zudem ein Bienenvolk an. Ob zur Selbstversorgung mit Gemüse bald Berner Stadthonig kommt, bleibt offen.

Verhandlungen mit der Stadt

Noch ist unklar, wie es mit den Mietern weitergeht, die die Alte Feuerwehrkaserne im Moment zwischennutzen. Darüber wurde an der Medienkonferenz bewusst nicht orientiert. Manfred Leibundgut, Präsident des Vereins Alte Feuerwehr Viktoria, äusserte sich vorsichtig: «Wir müssen zuerst mit der Stadt weiterverhandeln.» Ende dieses Jahres werde wenn möglich darüber orientiert, ob der Löscher und die anderen 27 Projekte sich für längere Zeit in der Alten Feuerwehrkaserne einrichten könnten.